Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriege oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 74 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 30. März 1932

Fangball hinter den Kulissen.

Eigentlich liegen die Dinge außerordentlich einfach: Die ganz unhaltbar gewordene Wirtschaftslage in den Staaten längs der Donau soll endlich praktisch, in der Hauptsache durch handels- und zollpolitische Maßnahmen aus der Erstarrung und Vereisung aufgetaut werden, in der sie sich seit den drei, vier Jahren ausgesprochenster Agrarkrise befindet. Es kommt also darauf an, die Erzeugung und den Export dieser Länder wieder aufzulockern und letzterem einen wirtschaftlich vernünftigen Ausweg nach Westen in die Länder des agrarischen Zuschußbedarfs zu öffnen, und zwar in gemeinsamem Vorgehen. Damit werden dann diese Donaustaaten endlich auch wieder aufnahmefähiger für den Export der westlichen Industriestaaten. Man kann sogar hoffen, daß die dortige Bevölkerung — zum mindesten die der ehemaligen „Balkanstaaten" — aus ihrer bisherigen Bedürfnislosigkeit herausgeführt und dadurch dort unten auch eine relative Stärkung der industriellen Absatzmöglichkeiten erzielt wird. Denn man kann den Südosten Europas noch in großem Umfange als „industriellen Kolonialboden" bezeichnen.

Darüber ist nun seit drei, vier Jahren auf den internationalsten Konferenzen hin und her geredet worden. Auch über die kreditpolitische Organisierung der wirtschaftlich notwendigen Auflockerungsmaßnahmen. Geschehen ist nichts. Oder vielmehr: Es geschah sehr viel. Alles nämlich, um die zoll- und handelspolitischen Hemmnisse zwischen den Donaustaaten zu erhöhen und zu verbreitern. Die jetzt bis westlich Wien reichende „Balkanisierung" Europas gewann wirtschaftlich ein immer tolleres Aussehen, — was zur natürlichen Folge hatte, daß die sich erbittert Bekämpfenden nur noch lauter „röchelten", die Krise bergeshoch anstieg und damit auch die Absatzmöglichkeiten für die westliche — und natürlich auch die einheimische — Industrie zu einem Minimum einschrumpfen ließ. Was von deren Erzeugnissen mit heller Freude entgegengenommen wurde, waren nur — die deutschen Sachlieferungen. Die kosteten nichts. Und die französischen Kredite. Die kosteten viel, aber es wurde auch viel daran verdient!

Wenn also Macdonald als erster sich diesem Fragenknäuel an der Donau zuwandte, dann trieben ihn nur wirtschaftliche Gründe: Industrielle Absatzwünsche. Da aber hat sich auch noch von Paris aus die Politik hineingemischt, und wenn erst die Diplomatie ihre Hände irgendwo hineinsteckt, dann wird selbst das Einfachste rasch überaus kompliziert. Ein paar Akte dieser politisch-diplomatischen Komödie, deren Regisseur Herr Tardieu war und ist, liegen schon hinter uns und „das Unbeschreibliche, hier ist's getan", — die Einfachheit des wirtschaftlichen Gedankens scheint sich doch durchzusetzen, das politische Spiel der französischen Diplomatie mit ihrer antideutschen Einstellung doch zu scheitern.

Macdonald hat unmittelbar vor Ostern zu einer Viermächtekonferenz über die zu planenden Maßnahmen eingeladen. Nach London für Anfang April. Tardieu hatte bei den ersten Londoner Andeutungen von diesem Vorhaben Macdonalds schnell eine englisch-französische Sonderbesprechung daraus machen und die Konferenz der vier Mächte auf die Wiedereröffnung des Abrüstungskongresses in Genf verschieben wollen. Daran hält er auch jetzt noch fest, will zwar selbst nach London gehen, aber die italienischen und deutschen Vertreter sollen zu Haus bleibe; mit ihnen will er sich dann erst am 11. in Genf treffen. Dieses Intrigenspiel Tardieus reiht sich würdig den früheren Akten an. Sein Plan ist gerade umgekehrt: Erst sollen die Donaustaaten unter französischer Patronanz sich verständigen und dann die drei anderen Mächte ihre Zustimmung zu dem im Donaubecken Geplanten geben; am liebsten wäre Herrn Tardieu natürlich dabei die Beschränkung auf England und die Ausschaltung des als Nachbar viel unmittelbarer interessierten Deutschlands. Und nun hatte man von Paris aus offen durchblicken lassen, daß nicht ein gleichzeitiger Abmarsch der vier Mächte erfolgen, sondern erst einmal eine Sonderkonferenz des französischen Ministerpräsidenten nebst seinem Kollegen von der Finanz in London stattfinden würde. Dazwischen fuhr nun die Gesamteinladung durch Macdonald. Man hofft nun in Paris bloß, daß man die Engländer doch noch herumkriegen oder daß Dr. Brüning und der italienische Außenminister irgendwie verhindert sind, zum nächsten Wochenende nach London zu kommen.

Daß der Deutsche Reichskanzler mit dem Wahlkampf bis zum 10. April eine eifrige Werbetätigkeit angekündigt hat und beabsichtigt, ist ja bekannt. Aber er wird jetzt nun sehr genau überlegen müssen — unter Berücksichtigung der allernächsten Entwicklung dieses diplomatischen Spiels —, ob nicht die persönliche Behandlung jener außenpolitischen Aufgabe dringlicher ist als die des innenpolitischen Wahlkampfes. Er ist ja auch deutscher Außenminister. Allerdings ist das politische Gespinst um diesen ganzen Plan der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung der Donaustaaten so verwickelt und verworren, daß die von den Diplomaten „gelenkten" Völker einzelnes kaum noch erkennen. Es bleibt ihnen allerdings unbenommen, mit einigem Recht die Köpfe zu schütteln. Und ernsthaft zu befürchten, daß die Politiker wieder einmal aus wirtschaftlichen Nöten ein Fangballspiel hinter den Kulissen machen.

Viermächte-Konferenz nächste Woche?

Vier Mächte oder vier Augen?

Deutschlands und Frankreichs Donaupläne.

Die deutsche Regierung hat die englische Aufforderung, an einer Viermächtekonferenz zur Besprechung der Donaubundfrage teilzunehmen, grundsätzlich angenommen. Nach der Einladung Macdonalds soll die Konferenz in der Zeit vom 4. bis 9. April stattfinden.

Der Vorschlag der englischen Regierung an Deutschland, Frankreich und Italien, zu einer Konferenz über die Angelegenheit der Donaustaaten zusammenzutreten, wird in Berliner politischen Kreisen warm begrüßt. Aufgabe und Sinn der Konferenz, so wird erklärt, werde sein, die Vorschläge der vier Mächte zu untersuchen und die Gegensätze zu beseitigen, um festzustellen, auf welchem Wege den Donaustaaten am besten wirtschaftlich zu helfen sei.

*

Die Einladung Englands bezweckt wohl vor allem, dem Donaubundplan Tardieus den politischen Stachel zu nehmen, den Frankreich diesem Projekt, das nur von rein wirtschaftlichem Standpunkt aus betrachtet und erledigt werden darf, gegeben hat. Diese Art der Behandlung ohne Deutschland wäre ein wirtschaftlicher Unsinn, aber Frankreich hat seine politischen Absichten so wenig zu verschleiern gewußt, daß es zunächst die Initiative Deutschlands zu einem Zusammengehen der mitteleuropäischen Länder in zollpolitischer Hinsicht mit dem Beginn einer deutsch-österreichischen Zollunion zerschlagen hat, um sein politisches Projekt unter Ausschaltung Deutschlands an seine Stelle zu setzen. Die Einladung Englands zieht nun Deutschland sehr vernünftigerweise wieder in den Kreis der Beratung, aber sehr gegen den Willen Frankreichs. Tardieu versucht anscheinend noch vor der Zusammenkunft der vier Mächte in einer Besprechung unter vier Augen Macdonald für seine Pläne gefügig zu machen. Aber solche politischen Besprechungen zu zweien haben noch nie glückliche Ergebnisse gezeitigt. Erinnert sich Herr Tardieu nicht an die Reisen seines Vorgängers im Amt Laval nach London, Washington und Berlin, bei deren „vertraulichen" Besprechungen und „persönlichen" Fühlungnahmen herzlich wenig herausgekommen ist? Was Tardieu Macdonald über seinen Donaubund zu sagen hat, kann er, wenn es nicht das Licht des Tages zu scheuen braucht, ihm auch in der großen Konferenz mitteilen. Solche Geheimniskrämereien vergiften nur von vornherein die Atmosphäre der Konferenz und säen Mißtrauen, wo volles gegenseitiges Vertrauen nötig ist, soll überhaupt ein wirtschaftlich brauchbares Resultat zustande kommen. Also: Vier-Mächte-Konferenz ohne Vier-Augen-Getuschel!

*

Viermächtekonferenz gefährdet.

London versucht Pariser Widerstand vorher zu beseitigen.

Die englische Regierung hat dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu eine amtliche persönliche Einladung übersandt, zu einer Besprechung mit Macdonald und anderen englischen Ministern nach London zu kommen. In der Einladung wird als Zweck der Besprechungen die

Erörterung wirtschaftlicher Fragen der Donauländer

angegeben. Englischerseits ist der kommende Montag als Tag der Zusammenkunft angeregt worden.

Aus der Fassung der englischen Einladung geht hervor, daß Macdonald lediglich die Donaufrage auf das Programm gesetzt hat. Sollte Tardieu den Wunsch haben, auch andere, beide Länder interessierende Verhandlungsgegenstände zur Erörterung zu stellen, so soll ihm die Initiative hierzu überlassen bleiben.

Die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaufrage interessierten Mächte scheint durch den Besuch Tardieus eine Verschiebung zu erfahren. London legt Wert darauf, daß die Zusammenkunft baldmöglichst nach der Aussprache Tardieu — Macdonald in London stattfindet. Eine Zusammenkunft in Genf, wie sie von Paris gewünscht wird, wird in London nicht für wünschenswert gehalten, da dort die Gefahr bestehe, daß auf französische Initiative hin die Donaumächte vorzeitig zu den Verhandlungen hinzugezogen werden könnten. Das sei nach englischer Auffassung untunlich. Es ist die Ansicht Englands, daß außer dem Tardieu-Plan

auch andere Donaupläne

erörtert werden müßten. Das Schicksal der Zusammenkunft der Vertreter der vier Großmächte wird wesentlich von dem Ergebnis der Aussprache zwischen Tardieu und Macdonald abhängen. In politischen Kreisen werden bereits Zweifel geäußert, ob es Macdonald gelingen werde, gegenüber dem Widerstand Tardieus die Viermächtekonferenz zustande zu bringen.

Die Stellung Deutschlands zur Londoner Einladung.

Berlin, 29. März. Wie in politischen Kreisen Berlins verlautet, sind die Besprechungen über das Zustandekommen einer Viermächtekonferenz über die Donaufrage in London noch im Gange. Es hat jedoch den Anschein, daß diese Konferenz Mitte nächster Woche zustande kommen wird.

Reichskanzler Brüning war, wie verlautet, bereit, unter Zurückstellung anderer dringender Aufgaben zum nächsten Wochenende nach London zu fahren, um durch seine persönliche Anwesenheit das große Interesse Deutschlands an der Lösung dieser Frage zu bekunden. Es scheint jedoch, daß das Zustandekommen einer Viermächtekonferenz während des kommenden Wochenendes an der Unabkömmlichkeit des italienischen Außenministers Grandi gescheitert ist. Die aus London kommende Nachricht über eine nunmehr erfolgte persönliche Einladung an den französischen Ministerpräsidenten zu einer Wochenendbesprechung mit MacDonald wäre somit genau das, was Tardieu zweifellos ursprünglich beabsichtigt hatte, nämlich eine rein englisch-französische Fühlungnahme, wogegen bekanntlich MacDonald eine Viermächtekonferenz vorgeschlagen hatte. Unter diesen Umständen glaubt man, daß die Besprechung Tardieu-MacDonald eher formal im Sinne eines Höflichkeitsaktes zu werten sei, zumindestens aber nicht die Bedeutung haben werde, die einer sich dann anschließenden Londoner Viermächtekonferenz in der Mitte der Woche zukäme. Wenn, wie zu vermuten ist, der französische Ministerpräsident zusammen mit dem Finanzminister Flandin nach London fahren, und auf der Viermächtekonferenz der Minister Flandin Frankreich allein vertreten würde, während Tardieu wieder nach Paris zurückkehren würde, so käme dann auch eine Vertretung Deutschlands in London durch den Reichskanzler persönlich nicht mehr in Frage. Man nimmt für diesen Fall an, daß dann Staatssekretär von Bülow Deutschland in London vertreten wird.

*

Die bevorstehenden Verhandlungen des österreichischen Vizekanzlers in Berlin.

Wien, 29. März. Vizekanzler Winkler reist am Mittwoch in Begleitung des Landbundabgeordneten im Nationalrat Dewalt nach Berlin ab. Die Reise gilt der Teilnahme an einer gemeinsamen Tagung des Reichslandbundes, des österreichischen Landbundes und der deutschen Agrarier in der Tschechoslowakei. Wie es heißt, dürfte Vizekanzler Winkler auch Angelegenheiten der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, vor allem der Schnittholzausfuhr in Berlin besprechen. In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant, daß für die nächste Zeit die Unterzeichnung von Ergänzungen zum österreichisch-italienischen Handelsvertrag bevorstehen, die u. a. ein Kontingent von 12 000 Waggons Bau- und Schnittholz und 800 Waggons Blochholz zum Vorzugszoll von 70 Centesimi für 100 Kilogramm vereinbaren und ein Schnittholzkontingent von 30 000 Waggons festsetzen. — Die Behauptung, daß Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß mit dem Vizekanzler nach Berlin kommen wird, ist unrichtig.

Gemeindetarife sollen gesenkt werden.

Eine Aufforderung des Preiskommissars.

Nach eingehenden Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert, die Möglichkeit einer Senkung der bisher erhobenen kommunalen Gebühren, Beiträge und privatrechtlichen Leistungsentgelte zu prüfen. Die Nachprüfung wird sich im wesentlichen erstrecken auf die Gebühren für Müllbeseitigung, Kanalisation und Straßenreinigung, Markthallen, öffentliche Märkte, Vieh- und Schlachthöfe sowie Fleischbeschau und Trichinenschau, Friedhöfe und Krematorien, Badeanstalten, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Krüppel- und Siechenheime und sonstige Anstalten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, ferner auch auf das Gebiet der privatrechtlichen Leistungsentgelte, insbesondere auf die Nachprüfung der Gebühren des Reklame- und Anschlagwesens sowie auf die Entgelte für Tankstellen. Zur Senkung der Entgelte sollen grundsätzlich alle Ersparnisse verwandt werden, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden aus der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durch die Verminderung der Selbstkosten, deren Berechnung durch die Grundsätze im einzelnen genau geregelt ist, entstehen.

Da es bei den ständig steigenden Wohlfahrtslasten und den rückgängigen Steuereingängen vollkommen ausgeschlossen erscheint, daß in einer Gemeinde sämtliche für eine Nachprüfung in Betracht kommenden Anstalten ihre Gebühren und sonstigen Entgelte senken können, lassen die Grundsätze es zu, die Ersparnisse innerhalb der Verwaltung zusammenzuziehen und zu besonders kräftiger Senkung an einzelnen Stellen, je

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF